

Haushalt und Finanzen 2011



Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD, André Stinka, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2011 am 2. März 2011

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

in der Vorbereitung auf die heutige Beschlussfassung zum Haushalt 2011 ist mir klar geworden, dass ich es mir im Grunde sehr einfach machen könnte. Zur Erklärung ein kurzer Blick zurück: Im letzten Jahr haben wir den vorgelegten Haushaltsentwurf abgelehnt, weil ihm jegliche Impulse fehlten. Es wurde lediglich der Status Quo verwaltet. Gestaltungswillen, um den Kreis auf die Zukunft vorzubereiten, ein Blick über den Tellerrand hinaus, um von anderen zu lernen, oder sogar Handlungen, die den Kreis dauerhaft zukunftsfähig machen würden, haben wir damals vergeblich gesucht. Lassen Sie mich es ganz deutlich sagen: Der Haushalt 2010 war dasselbe Einerlei, das wir als SPD schon seit Jahren kritisieren.

In den vergangenen Jahren habe ich das oft als den Winterschlaf bezeichnet, aus dem wir hier im Kreistag leider noch nicht aufgewacht sind. Wir ruhen uns auf relativ guten Wirtschaftsdaten aus, arbeiten aber nicht an unseren Problemen. Statt dessen wurden Jahr und Jahr Haushalte beschlossen, die keine groben Fehler gemacht haben, aber die auch unsere Stärken nicht ausgebaut und unsere Schwächen nicht bekämpft haben.

Gebetsmühlenartig haben wir das kritisiert, in der Fraktion, die hier aber immer noch die absolute Mehrheit stellt, wollte das aber leider niemand hören.

Wie gesagt: Im Grunde könnte ich es mir sehr einfach machen. So viel ist im Haushaltsentwurf 2011 nämlich nicht anders. Auch dieser Haushalt enthält das alte Ungleichgewicht zwischen der Wirtschaft auf der einen Seite und sozialen Themen auf der anderen. Und das gleiche gilt für den Gegensatz von Beton und Bildung. Auf die Details werde ich gleich noch eingehen.

Dazu ist der Haushalt m.E. wieder nicht "Spitze auf Kante" gelegt. Auch da kann man in den vergangenen Jahren ja leicht ein Muster erkennen. Es wird uns ein Haushalt vorgelegt, der angeblich große Sparpotentiale ausreizt. Und am Ende des Jahres bleibt dann ein großer Haushaltsrest über, der als Indiz dafür dient, dass man im Laufe des Jahres noch mehr gespart habe. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Besetzung der Technologietransferstelle. Diese musste unbedingt in den letzten Haushalt, wurde dann aber doch erst zum 1. Januar dieses Jahres besetzt. Dieses Geld hätte man gut für soziale Zwecke wie z.B. das Jugendnotruftelefon nutzen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits von Anfang an hätte man sehen können, dass der Haushalt bei der Aufstellung hätte knapper kalkuliert werden können. Ich bin mir sicher, dass die Kreisumlage dann mehrfach deutlich geringer hätte ausfallen können, als es in der Realität der Fall war. Die Wahrheit ist: Die Solidarität mit unseren Partnern in den Städten und Gemeinden des Kreises hat hier leider sehr oft in der Beschlussfassung nur eine geringe Rolle gespielt. Wir Sozialdemokraten haben das zwar immer wieder angemahnt, aber leider ohne Erfolg.

Und da sind wir dann auch an dem Punkt angelangt, der dazu führt, dass ich es mir doch nicht so einfach machen kann, wie es ein schlichtes "Nein" ausdrücken würde. Denn entweder hat es in der Verwaltungsspitze im letzten Jahr einen Lernprozess gegeben, oder der Druck aus den kreisangehörigen Kommunen war dann irgendwann so hoch, dass sich auch der Landrat und die CDU nicht mehr völlig taub stellen konnten. Denn in diesem Punkt ist der Haushalt 2011 dann eben doch anders als seine Vorgänger. Und bei aller Kritik, die ich jetzt schon genannt habe und gleich noch ergänzen werde, kann ich eben auch feststellen, dass dieses Mal tatsächlich so etwas wie Solidarität geübt wird. Die Kreisumlage sinkt deutlich und die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden findet endlich Gehör in diesem Gremium. Darüber freue ich mich!

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir diese Veränderung dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes zu verdanken haben. Wenn ja, wäre das ja wenigstens eine gute Sache, die wir davon haben. Über das GFG ist in den letzten Wochen sehr viel geschrieben und noch viel mehr geredet worden. Das Ergebnis ist insgesamt für den Kreis Coesfeld alles andere als erfreulich, wie Sie wissen. Ich habe mehr als ein Gespräch mit dem zuständigen Minister Ralf Jäger über dieses Thema geführt und bin auch mit ihm einer Meinung, dass man hier nicht nur die Perspektive einer Kommune im Münsterland einnehmen darf.

Die Realität ist eben doch etwas vielschichtiger. Die Grunddatenanpassung, die zu den veränderten Ergebnissen geführt hat, war längst überfällig und von den Gerichten auch schon lange angemahnt. Insofern ist sie nichts anderes als das Handeln nach Recht und Gesetz. Die abgewählte Landesregierung unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Rüttgers hat es fünf Jahre lang vermieden ihre Hausaufgaben zu machen. Und es gibt eben nicht nur Verlierer, die auf einmal mit einem großen Minus an Schlüsselzuweisungen leben müssen, es gibt auch die Kommunen, die mehr Geld vom Land bekommen, dass auch insgesamt mehr Geld für die Kommunen ausgibt.

Minister Jäger betont an dieser Stelle gerne, dass man doch im Grunde froh sein soll, wenn man weniger Geld vom Land bekommt. Schließlich bedeutet genau das, dass die eigene Wirtschaftskraft im Vergleich mit anderen Kommunen ungleich stärker ist. Diese Sichtweise ist zwar für meinen Geschmack etwas kurz formuliert, macht für mich aber vor allem eines klar: Wir als Kreis Coesfeld mitsamt all seinen Städten und Gemeinden sollten uns auf keinen Fall in einen Wettbewerb drängen lassen, wer das Geld dringender braucht. Es geht definitiv nicht um die Frage, wessen Kassenlage katastrophaler ist und es gibt auch keinen Konflikt zwischen Stadt und Land.

Natürlich dürfen wir anmerken, dass manche Kommune im Ruhrgebiet, die jetzt profitiert, es mit dem Haushalten auch nicht immer ganz so genau genommen hat. Natürlich dürfen wir die Frage stellen, warum z.B. Flächenaspekte bei der Grunddatenanpassung nicht mehr ins Gewicht gefallen sind. Aber wenn wir alle ehrlich sind, müssen wir auch erkennen, dass die kommunale Finanzkrise nicht durch das GFG ausgelöst wurde und auch durch ein anderes GFG nicht verschwunden wäre. Die Gründe dafür liegen vor allem in einer falschen Verteilung der Sozillasten. Sie liegen in einer falschen Aufteilung von Aufgaben und Mitteln, weil die heutigen Gegebenheiten bei der Konstruktion des Systems so noch nicht gesehen wurden. Dafür ist der Bund zuständig und da müssen wir auch ansetzen, wenn wir eine dauerhafte Lösung der Krise der kommunalen Finanzen erreichen wollen. Ein aktuelles Beispiel sind die Kosten für die Warmwasserbereitung, die aus der Regelsatzberechnung im SGB II herausgerechnet wurden und jetzt in die Kosten der Unterkunft und damit den kommunalen Anteil fallen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was bleibt nun zu tun, um das unsrige zur Lösung dieser Krise beizutragen? Das schlichte Warten auf einen Geldsegen von oben ist zu wenig, da geben Sie mir hoffentlich Recht. Einerseits ist es natürlich nötig, den Entscheidungsträgern auf den höheren Ebenen immer wieder vor Augen zu führen, wozu ihre Politik führt. Das geht quer durch alle Parteien und Fraktionen. Ich bin gerne bereit zuzugeben, dass auch sozialdemokratische Entscheidungsträger in Berlin nicht immer eine nur kommunalfreundliche Politik gemacht haben. Insofern sind wir alle gefordert, bei unseren jeweiligen Spitzenkräften eine andere Politik einzufordern.

Aber ganz abgesehen davon müssen wir eben auch unsere eigenen Hausaufgaben machen. Dazu gehört eine sparsame Politik, die die Sorgen und Nöte der Kommunen um uns herum ernst nimmt und bei der Lösung so weit wie möglich hilft. Das kann mit diesem Haushalt zumindest besser als bisher klappen, denn durch das GFG und die sinkende Umlage des Landschaftsverbands, der uns dieses Jahr deutlich weniger als sonst schröpft, sind wir in der glücklichen Lage, davon auch etwas an die Städte und Gemeinden im Kreis weiterzugeben.

Und an dieser Stelle muss ich mir bei aller Liebe dann doch einen kleinen parteipolitischen Ausflug erlauben. Ich habe es bisher vermieden neben der Diskussion um das GFG auch auf die vielen kommunalfreundlichen Handlungsweisen des Landes hinzuweisen, seitdem an einer bestimmten Bürotür in der Staatskanzlei eben nicht mehr Rüttgers, sondern Kraft steht. Der Ausbau der U3-Betreuung ist dabei nur ein Beispiel, aber eben wohl das wichtigste. Aber zu dieser Politik ist es erst durch andere Mehrheiten im Land gekommen. Und andere Mehrheiten im Landschaftsverband haben auch hier einer anderen Politik den Weg geebnet. Die sog. Ampel in der Landschaftsversammlung, also SPD, Grüne und auch die FDP haben dafür gesorgt. Die CDU hat dagegen das getan, was man gemeinhin "Rumeiern" nennt. Der gesenkten Umlage wurde zugestimmt, der Haushalt aber abgelehnt. Das mag verstehen wer will, ich jedenfalls kann es nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit sind wir dann auch bei den Details des vorliegenden Haushaltsplanes angekommen, aus dem ich exemplarisch noch einige Punkte aufgreifen möchte.

Ich fange an mit etwas Positivem: Ich bin froh, dass sich die Mehrheitsfraktion hier beweglich gezeigt hat und wir so etwas für die Beratung von Berufsrückkehrerinnen tun können. Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder die Bedeutung dieser Aufgabe herausgestellt und eine entsprechende Finanzierung gefordert. Der hohe Bedarf gibt uns recht, wie die vielen Überstunden an der entsprechenden Stelle zeigen. Eine Aufstockung ist deshalb dringend geboten.

Schließlich ist eine vernünftige Orientierungsberatung für Frauen, die nach einer Familienpause wieder zurück in den Beruf wollen, nicht nur eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist sie bedeutsam. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Frauen, denen wir es ermöglichen Beruf und Familie auf ihre Art und Weise miteinander zu verbinden. Und dazu gehört es eben auch den Wiedereinstieg so einfach wie möglich zu machen.

Ganz abgesehen davon erhöht alles, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, auch unsere Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit anderen Kommunen. Denn wir sollten uns nichts vormachen: Die Struktur des Kreises Coesfeld bietet uns viele Vorteile in vielen Bereichen, bei der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Familienfreundlichkeit in Verbindung mit Erwerbstätigkeit haben wir dagegen große Defizite. Das belegen ja auch die verschiedenen Studien, die immer wieder gerne als Beispiel dafür angeführt werden, dass alles in Ordnung ist, während die kritischen Seiten der gleichen Studien gerne überblättert werden.

Zu genau diesem Thema, also der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es ja auch eine wunderbare neue Hochglanzbroschüre der wfc. Ohne auf diese Thematik in allen Details eingehen zu wollen: Eine Rücklaufquote von 6,5% bei 1000 zu diesem Thema befragten Unternehmen macht den Handlungsbedarf deutlich, den wir hier haben. Die Problematik ist offenbar noch nicht im Bewusstsein vieler Unternehmer und Politiker angekommen. Eine Aufgabe für die wfc, deren Arbeit wir im Moment ohnehin sehr kritisch sehen, wäre es, hier anzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch eine vermehrte interkommunale Zusammenarbeit birgt sicher nicht die Lösung aller unserer finanziellen Probleme. Aber trotzdem liegt in ihr ein großes Potential, für uns und für unsere Partner in den Städten und Gemeinden. Die von uns angestrebte Servicefunktion des Kreises bei interkommunalen Projekten wäre eine Gelegenheit, dieses bisher schlafende Potential zumindest etwas zu nutzen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen dem m.E. positiv gegenüber, um gemeinsam zu einem

sparsamen und kooperativen Ressourceneinsatz zu kommen. Hier hätte ich mir ein weiteres Mal mehr Mut im Haushalt gewünscht.

Aber trotzdem und bei aller Kritik, es bleibt, dass dieser Haushalt solidarischer ist als seine Vorgänger. Das ist ein Argument, das wir bei unserer internen Diskussion in der Fraktion darüber, ob wir dem Entwurf zustimmen oder ablehnen werden, immer wieder in den Mittelpunkt rücken mussten. Ich will es ganz deutlich sagen: Die sozialdemokratische Argumentation eines kommunalfreundlichen Handelns, die wir in den letzten Jahren immer wieder wiederholt haben, ist erstmals nicht auf taube Ohren gestoßen. Darüber freue ich mich.

Zwar wünsche ich mir natürlich eine Sozialpolitik, die endlich die Prävention zum zentralen Ziel ihres Handelns macht. Die nicht mehr danach schaut, was kostet mich eine Maßnahme heute, sondern die mehr für die Menschen leistet, die unsere Hilfe heute brauchen, damit sie morgen wieder selbst für sich sorgen können. Natürlich wünsche ich mir eine Politik des Kreises, die mehr für Frauen tut und sich weniger auf konservative Gesellschaftsmodelle und Rollenbilder verlässt, die bei uns im Kreis zwar ausgeprägt, aber immer mehr auf dem Rückzug sind. Und insbesondere würde ich mir so etwas wie einen roten Faden in der Politik des Kreises wünschen, nämlich das die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit aller Maßnahmen über ihre Durchführung und Finanzierung entscheiden würden. Der Kreis Coesfeld ist eben mehr als Wirtschaft und Straßenbau. Wir Sozialdemokraten sind auch weiterhin der Meinung, dass wir weniger in Beton und mehr in Köpfe investieren sollten.

Gründe diesen Haushalt abzulehnen gibt es also auch genug. Dem stehen zumindest kleine Schritte in der Sozialpolitik und eben die genannte und auch positiv gewürdigte Solidarität mit den Städten und Gemeinden gegenüber. Und das hat für uns letztlich den Ausschlag gegeben, dem Haushaltsentwurf 2011 heute zuzustimmen. Die beträchtliche Senkung der Kreisumlage ist ein Signal der Zusammenarbeit, wie wir es schon lange gefordert haben und ich halte es für ein gutes Zeichen, dass wir damit diese Haushaltsberatungen abschließen wollen. Von einer wirklichen Zukunftsdebatte sind wir zwar immer noch weit entfernt. Aber wenn ich im letzten Jahr gesagt habe, dass der Haushalt zwar nichts falsch, aber auch nichts richtig macht, so muss ich doch in diesem Jahr feststellen, dass es zumindest Ansätze zu einem besseren Handeln gibt.

Vielen Dank.